

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 1,25 Mk.; bei freier Beilegung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg., Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Inhaltsverzeichnis.

In neuen Gewande. — Internationaler Arbeiterschutz. — Von 15 Pfg. auf Vollrente. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereine. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Im neuen Gewande.

Zum ersten Male erscheint unser Verbandsorgan in vorliegendem Format. Als „Der Gewerksverein“ überhaupt zum ersten Male erschien, das war am 23. Mai 1869, da war sein Format ganz klein und bescheiden. Und fast zehn Jahre verblieb er in seinem ersten Kleide. Dann kam ein doppelgroßes Format in Verwendung und dabei blieb es bis zum Jahre 1890, wo er das Gewand annahm, wie er es bis zur letzten Nummer, also mehr als 16 Jahre, getragen hat.

Schon lange war es der Wunsch unserer Verbandsangehörigen, der aufrichtig von der Redaktion geteilt wurde, daß „Der Gewerksverein“ mehr als einmal wöchentlich erscheinen möchte. Am liebsten hätte man ihn als einen alle Tage kommenden Kampfgenossen zur Seite gehabt. Eine Tageszeitung kostet aber ein so großes Stück Geld, daß sich dieser liebe Wunsch leider nicht verwirklichen ließ. Eine reichere Information über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung und auf den Gebieten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung war aber längst ein unabwendbares Bedürfnis geworden. Der Zentralrat hat versucht, dieses dringende Bedürfnis durch die Herausgabe des „Korrespondenzblatt“ zu befriedigen. Trotz des kleinen, aber sehr handlichen Formats, das sich rasch viele Freunde erwarb, erforderte die Herausgabe eines immerhin nicht unerheblichen Aufwands aus der Verbandskasse. Dieser Aufwands wäre gewiß mit der Zeit fortgefallen. Vorläufig hätte er aber noch gegahlt werden müssen, da eine Abonnentenzahl in der Höhe, die ausgereicht hätte, die Kosten aus den Abonnements-Einnahmen zu decken, zunächst noch nicht zu erzielen war. Die Verbandskasse braucht in dieser Zeit der harten und kostspieligen Kämpfe mit dem Unternehmertum ihre bescheidenen Einnahmen sehr nötig und daher konnte ihr die Aufschubleistung nicht auf längere Zeit zugemutet werden.

Es war ein glücklicher Gedanke, der auch die freudige Zustimmung aller Hauptvorstände der Gewerksvereine fand, das „Korrespondenzblatt“ mit dem „Gewerksverein“ zu vereinigen und diesen dann wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen. Dieser Wunsch tritt mit vorliegender Nummer in Kraft. Die veränderte Erscheinungsweise und der billige Preis, der es allen Verbandsangehörigen möglich machen soll, den „Gewerksverein“ dauernd zu lesen, schreiben das Format vor, wie es jetzt vorliegt.

Was einst Carl Moritz Arndt vom Vaterlande wünschte, das werden gewiß unsere Verbandsangehörigen vom Verbandsorgan wünschen: „Der Gewerksverein“ muß größer sein! Diesen Wunsch teilen wir von ganzem Herzen und zweifeln nicht daran, daß er sich erfüllen wird, sobald es alle Gewerksvereiner wünschen und diesen Wunsch praktisch werden lassen, indem jeder Gewerksvereiner den „Gewerksverein“ abonniert. Der Preis von 15 Pfg. pro Quartal würde dann vollständig ausreichen, das Format oder die Erscheinungsweise zu verdoppeln.

Werte Verbandsangehörigen im ganzen Reich, helft uns dieses Ziel möglichst rasch erreichen!

„Der Gewerksverein“ wird sein hohes Ansehen, das er in der Gesamtorganisation und darüber hinaus insbesondere bei vielen Sozialpolitikern sich zu erwerben wußte, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern weiter zu steigern suchen. Aber auch dazu bedarf er der lebhaften Unterstützung des Zentralrats, der Hauptvorstände, der Ausschüsse in den Ausbreitungs- und Ortsverbänden sowohl wie der Ausschüsse aller Ortsvereine und der gesamten Mitglieder. Wenn in immer stärkerem Maße diese Summe geistiger Kraft durch fleißige Mitarbeit im Verbandsorgan konzentriert wird und alle Glieder der Organisation daneben dauernd bemüht bleiben, den „Gewerksverein“ in immer weitere Kreise bringen zu können und ihn zum Berater aller Gewerksvereiner zu machen, dann wird er wachsen an Umfang, Inhalt, Einfluß und Bedeutung und mit ihm wird wachsen unsere teure, gesamte Organisation, deren Banner er voranzutragen berufen ist, sei es im Sturme des Kampfes, sei es im heiligen Dienste der gesamten Arbeiterschaft oder der geistigen Aufhellung und Emporhebung der Arbeiterschaft.

Unsere Parole sei: **Energisch vorwärts!**

Internationaler Arbeiterschutz.

Die Berner Staatenkonferenz der vorigen Woche hat einzig den Vertrag über das Verbot der Frauen-Nachtarbeit unterzeichnet, den Vertrag über das Verbot des weißen Phosphors unterzeichneten leider erst sieben Staaten. Die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz, die darauf in Genf tagte und ihre Beratungen am Sonnabend beendete, hat sofort neue Vorschläge für eine internationale Regelung reif geworden sind, in die Hand genommen. Ueber den ersten größeren Erfolg, wie er durch die Beschlässe der Berner Staatenkonferenz in die Erscheinung trat, herrschte auf der Konferenz bittere Verstimmlung in den freudensüchtigen Kreisen, den Vertrag über die Abkündigung einer Anzahl Staaten, den Vertrag über Phosphorverbot zu unterzeichnen. Die Sektionen dieser Staaten wurden aufgefordert, dahin zu wirken, daß ihre Länder in nicht allzu ferner Zeit der internationalen Phosphorabkündigung beitreten, den Regierungen aber, die dem Vertrage beigetreten sind, soll durch das Balleter internationale Arbeitsamt der Vereinigung der Dank derselben ausgesprochen werden.

Vandammann und Nationalrat Scherrer sprachen bei Eröffnung der Delegierten-Versammlung den Wunsch aus, daß die Herren des Möglichen und internationalen Erreichbaren bei allen Beschlässen im Auge behalten werden möchten, damit die Regierungen in der Lage bleiben, der bahnbrechenden Arbeit der Vereinigung weiter zu folgen. Als er der Zeit der letzten 1904 in Basel Delegierten-Versammlung verstorbenen Mitglieder gedachte, sprach Herr Scherrer mit besonderer Wärme von unserem verbliebenen Amtswort Dr. Moritz Arndt, den er als einen leuchtendsten Berater der internationalen Vereinigung bezeichnete und ihn den einzigen und tallosen Führer alles Guten und Schönen nannte, dessen der Fortschritt des Arbeiterschutzes in Deutschland und in der Welt viel zu verdanken habe. Als in seiner Rede Herr Arndts Präsidenten Scherrer den Dank der Gewerksvereine ausgesprochen für diese Rede, da antwortete er: Herr Arndt habe ich immer gern

gehabt, ihn verehrt und seinen Standpunkt geteilt, weil eine schrittweise, energische Reform das einzig richtige Mittel ist, die Sache der Arbeiter erfolgreich vorwärts zu bringen. Wohlgerichtet Kantonspräsident Scherrer sieht politisch sehr weit links, ein Marxist dürfte er allerdings wohl nicht sein.

Beschlossen wurde, die Sektionen einzuladen, dem Bureau einen Bericht über die Maßnahmen zu erstatten, die in jedem Lande durch Gesetz oder Verordnung zum Zwecke der Sicherung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung ergriffen worden sind. Den Sektionen soll zu diesem Zwecke vom Bureau ein Fragebogen zugestellt werden. Das Bureau wird auf Grund der Antworten dieses Fragebogens einen vergleichenden Bericht über die Fortschritte der Durchführung der verschiedenen Arbeiterschutzgesetze ausarbeiten. Das Bureau wurde ferner beauftragt, die Sektionen einzuladen, über den Umfang der gewerblichen Handarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblich tätigen Kinder, mit Einschluß des Vorkursus zweifels, Berichte zu erstatten und auf Grund dieser Berichte der nächsten Delegierten-Versammlung einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen.

Ueber die Gefahren bei der Verhüllung und der Anwendung von Bleifarben sollen Berichte angefordert werden. Der Sachverständige aus verschiedenen Ländern sollen diese Berichte zu einer einheitlichen Arbeit zusammenstellen. Die Sektionen sollen mitteilen, ob in ihren Ländern ein Verbot des Verbrauchs von Bleifarben erfolgte und ob dieses Verbot auf Gesetz oder Verordnung beruht und welche Erfahrungen mit den bleifarben gemacht wurden.

Die internationale Vereinigung erstrebt von nun an auch ein vollständiges Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen und soll in allen Ländern das Schulalter auf 14 Jahre erhöht werden.

Ein weiterer Beschluß lautet, daß die Festsetzung eines Normalarbeitstages von hohem Interesse ist für die Erhaltung und Förderung der physischen und geistigen Stärke der Arbeiter und Angehörigen, 2. daß nicht den durch die Anstrengungen der Ortsvereine bereits erzielten oder noch zu erzielenden Erfolge die Intervention des Arbeitgeber notwendig ist, um die allgemeine Festlegung eines Normalarbeitstages zu ermöglichen; 3. daß, um über die Möglichkeit internationaler Verträge in dieser Frage orientiert zu sein, das internationale Arbeitsamt der nächsten Generalversammlung Berichte einbringen sollte über: die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und Angehörigen; die Wirkungen der bereits durch Gesetz, Verwaltungsmaßnahmen oder die freiwillig erzielten Beschränkung des Normalarbeitsages.

Das internationale Arbeitsamt ist beauftragt, diese Erhebungen auf einzelne Industriezweige zu beschränken, wenn es sich ergeben sollte, daß die Beseitigung einer allgemeinen Grenze unvorteilhaftigen Schwierigkeiten begegnen würde.

Herr Scherrer, N. Glöckler und unser Verbandsdirektor wünschten, daß diese Erhebung vor allem die sogenannte schwere Industrie, Bergbau und Eisenhütten und ferner die Textilindustrie ins Auge fassen, weil diese Industrien für eine international zu vereinbarenden Beschränkung der Arbeitszeit sehr geeignet sind. Bezüglich der Zusammenarbeit wurden Beschlüsse gefaßt, die im wesentlichen mit den Beschlüssen des Verbandsages in Hannover übereinstimmen.

In der schwierigen Frage der internationalen Gegenleistung bei Gewährung von Unfall- und Invalidenrenten begann auch in der Krankenversicherung wurde beschlossen:

Die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz ernimmt den Bericht der verschiedenen nationalen Sektionen, daß durch eine Vereinbarung der Staaten der Grundlag

der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in Bezug auf die Leistungen der Versicherungen zurückgeführt werden kann.

Er labet daher die Kommission ein: 1. der nächsten Delegiertenversammlung den Entwurf eines internationalen Vertrages zunächst in Bezug auf die Unfallversicherung vorzulegen, der dieses Prinzip zur Durchführung bringt sowohl mit Beziehung auf die Versicherungsleistung als die Bedingungen für deren Gewährung.

2. bis zur allgemeinen Anerkennung des Grundgeden der Gleichbehandlung im internationalen Rechte auch hinsichtlich im Sinne der Durchführung derselben sowohl durch die nationale Gesetzgebung wie durch internationale Verträge zu wirken.

3. bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu berichten, in welcher Weise die Gesetzgebung ihrer Heimatstaaten abgeändert bzw. neu erlassen werden sollte, um dem oben festgestellten Grundgeden zu entsprechen.

Die Hauptarbeit lag natürlich in den fünf Kommissionen, wovon jede viele Stunden zu tun hatte, um für ihre Forderungen eine Fassung zu vereinbaren, die sich international durchführen läßt. Die Sprachverschiedenheit machte hierbei noch die wenigsten Schwierigkeiten, weil es nicht an Übersetzern fehlte. Die Wichtigkeit lag in der notwendigen Verständigung über den Umfang der Forderungen. Dies mußte der Beurteilung der Beschlüsse freundschaftlich berücksichtigt werden. Mit jedem weiteren Schritt auf dem Wege internationaler Verständigung über den gemeinsamen Arbeiterschutz wird der Abstand entsprechend geringer, der heute noch zwischen den Staaten auch auf diesem Gebiete besteht. Darum leitet die internationale Vereinigung der Arbeiterschaft der Welt einen großen Dank, so unerheblich auch ihre Beschlüsse den Arbeitern der fortgeschrittenen Länder in dem einen oder anderen Maße noch erscheinen mögen.

Von 15 pct. auf Vollrente.

Mit welchen Schwierigkeiten Unfallverletzte bei Erlangung der ihnen gesetzlich zustehenden Rente zu kämpfen haben, zeigt recht deutlich der Fall unseres Verbandsgenossen N. in Ettlin. Derselbe erlitt am 23. September 1903 einen Betriebsunfall, der als eine Verletzung der Wirbelsäule angesehen und behandelt wurde. Nachdem die Heilbehandlung am 16. April 1904 abgeschlossen war, wurde ihm eine Rente von 50 pct im Jahresbetrage von 308 Mk. zugesandt. Der Versuch, seine Arbeitsfähigkeit wieder aufzunehmen, wurde ihm nur dadurch ermöglicht, daß seine Arbeitskollegen ihn in jeder Weise unterstützten und bei der Arbeit halfen. Beim Gehen und Stehen, sowie bei jeder Bewegung, verspürte er heftige Schmerzen und ärgerte sich sein Leben außerdem in einer veränderten Gangart. Seinen berechtigten Klagen und Beschwerden wurde von der Berufsgenossenschaft kein Glauben beigegeben. Im Gegenteil, dieselbe setzte die Rente am 22. November 1904 auf 33 pct herab. Die Forderung hiergegen bei dem Schiedsgericht wurde zurückgewiesen, weil sich dieses auf das Gutachten eines Universitätsprofessors in Gießenwald stützte, in dem die Unfallsfolgen nur mit 33 pct bewertet wurden, weil krankhafte Veränderungen an der Wirbelsäule nicht aufzuwenden sein sollten. Der Verletzte sei ein Emulant. Ein von einem Ettliner Arzt angefertigtes Gutachten, das die Unfallsfolgen auf 50 pct Erwerbsunfähigkeit schätzte, kam dem Obergutachten gegenüber nicht in Betracht.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Die Berufsgenossenschaft dagegen legte, statt die berechtigten Beschwerden des Verletzten zu prüfen, zu gleicher Zeit die Rente auf 15 pct herab.

Giergegen wurde aufs neue Berufung eingelegt und zu gleicher Zeit beim Reichsversicherungsamt beantragt, beide Sachen zu vereinigen und in einem Termin verhandeln zu lassen. Dielem Antrag wurde Folge gegeben. Um einen genügenden Beweis führen zu können, waren unserem Verbandsgenossen durch den Zentralrat die Kosten zu einer eingehenden ärztlichen Untersuchung und einer Röntgenaufnahme bewilligt worden. Der untersuchende Arzt stellte dabei fest, daß noch wesentliche Folgen des Unfalls vorhanden waren und der Heilungsprozeß noch nicht abgeschlossen sei. Auf Grund dieser Tatsache kam das Reichsversicherungsamt dazu, eine weitere genaue Beobachtung und Untersuchung durch einen Professor in einem Ettliner Krankenhaus anzuordnen. Dieser Arzt stellte fest, daß an den Gelenkfortsätzen vom Kreuzbein und fünften Lendenwirbel auf der rechten Seite eine ausgebreitete Zerreißung des Bandsapparates erfolgt sei und daß die Verbindung der Lendenwirbelsäule mit dem Kreuzbein gelöst sei, wie sich auch schon bei der äußeren Betrachtung aus dem übermäßig hohlen Kreuz ergebe.

Auf Grund dieses Gutachtens hat das Reichsversicherungsamt für Recht erkannt: Unter Aufhebung des Urteils des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Ettlin vom 23. Mai 1905 und der Beschlüsse vom 21. Dezember 1904 und 23. August 1905 wird die Besogte verurteilt, dem Kläger die Teilrente von 50 pct (jährlich) Prozent über den 31. De-

zember 1904 und über den 31. August 1905 hinaus weiter zu gewähren.

Gründe: Dr. Spig in Ettlin stellt in seinem Gutachten vom 2. August 1905 fest, daß bei dem Kläger infolge der bei dem Unfall erlittenen Aufschüttung des fünften Lendenwirbels sich allmählich eine Gewebung, besonders der rechten Hälfte des Wirbels, entwickelt hat, die infolge in durch die von dem Kläger gemachten Beschwerden und objektiv durch die jetzt eingerichtete Wirbelsäulenverbiegung bemessen wird. Auch Professor D. Budl, der den Kläger mehrere Wochen lang behandelt hat, schloß sich in seinem Gutachten vom 20. Dezember 1905 dieser Ansicht, die insbesondere noch durch die von ihm vorgenommenen Röntgenaufnahmen unterstützt wird, vollkommen an. Beide Sachverständige sind ferner darin einig, daß der Kläger vielmehr zu leistungsfähiger Arbeit imstande ist, als die Rente sei. Er sei imstande, seinen Lohn zu verdienen, indem eine Besserung oder Heilung seiner Krankheit durch Ausübung auch solcher leichten Arbeit zu erwarten wird, daß er sich vielmehr zurzeit jeder Arbeit zu enthalten hat, um durch Tragen eines Stützkorsets und mögliche Abweirung von Ermüdung und Abkühlung der ganzen Wirbelsäule und dadurch einen Stillstand und allmähliche Abheilung der Wirbelschwellungen herbeizuführen.

Das Rekursgericht hat sich diesen wohl begründeten Gutachten anzuschließen kein Bedenken gehabt, zumal auch die früheren Gutachten die Tätigkeit derselben nicht ausschließen, denn da die Entzündung dieser Krankheit eine allmähliche ist, die Angaben der Rückfälle voraussetzung daher erst im Laufe der Zeit hervorbrachten, konnten die früheren Sachverständigen das Vorhandensein einer solchen nicht feststellen. Die Verabfolgung der Rente von 50 pct auf 33 pct ist daher ohne weiteres ungerichtlich, die Besogte vom 21. Dezember 1904 und 23. August 1905 und das Urteil des Schiedsgerichts vom 23. Mai 1905 waren daher aufzuheben. Die Besogte wird aber in ihrem eigenen wohlwollenden Interesse, um eine spätere Arbeitsfähigkeit des Klägers überhaupt zu ermöglichen, zu erwidern haben, ob dem Kläger nicht für eine Zeitlang die Vollrente und etwa ein Teilverfahren zu gewähren sei. Dem Kläger, der diesen Anspruch in der Rekurschrift erhoben hat, bleibt es jedenfalls vorbehalten, ihn in einem weiteren Verfahren noch geltend zu machen.

Die Beurteilung und wohl vor allen Dingen der ihr erteilte Rat drachten die Berufsgenossenschaft endlich dahin, ihr Unrecht einzuräumen und zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die Deutschen Gewerksvereine sich um ihre Mitglieder bekümmern und nicht dulden, daß ihnen Unrecht geschieht. Auch gibt es reich Richter in Berlin. Sie veranlaßte eine weitere Verhandlung, schloß auf verhängnisvollen Drängen unseres Kollegen N. in Ettlin dem Verletzten ein Stützkorsett an, sollte während der Behandlung die Angelegenheiten und gemäßigt ist bis auf weiteres die Vollrente. Leider ist durch die jahrelange Verabfolgung die Heilung erschwert, wenn nicht ganz zur Unmöglichkeit geworden.

Nebenfalls: Lütte der Verletzte nicht den Schutz und die Hilfe der Organisation gehabt, so wäre er ungewissheit mit seinen Ansprüchen abgemieden worden, da er selbst nicht die notwendigen Mittel besaß, um seine Rechte wirksam vertreten zu können. Es ergibt sich hieraus wiederum die zwingende Notwendigkeit für jeden Arbeiter, sich den Gewerksvereinen anzuschließen, um gegen alle Fährnisse des Arbeiterlebens geschützt zu sein.

Nachschritt der Redaktion. Mäher leider so jung verstorbenen Riese R. Labon hat vorstehende Arbeit für den „Gewerksverein“ nur kurz vor seinem Tode geschrieben. Wohl nicht wirtl darum sein Rat an die Interessenten, den Gewerksvereinen beizutreten, um gegen alle Fährnisse des Arbeiterlebens geschützt zu sein, nur noch um soviel eindringlicher.

Allgemeine Rundschau.

Der neue Buchdruckertarif ist im Tarifauschuß nach achtstündiger Verhandlung am Sonntag zum Abschluß gebracht worden. Der neue Tarif tritt am 1. Januar 1907 in Kraft und gilt für 5 Jahre. Vereinstort wurde eine zehnprozentige Lohnerböschung unter Ausschaltung der 9 stündigen Arbeitszeit. Nur an den Vorabenden der Sonn- und Festtage und an den Feiertagen soll eine halbe Stunde früher ansetzbar gemacht werden. Der Tarif gilt als abgesehen zwischen dem Buchdruckerband und der Verlagsorganisation, doch soll anderen Organisationen der Beitritt zur Tarifgemeinschaft vorbehalten bleiben.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine hat am letzten Donnerstag einstimmig eine Resolution gefaßt, in der er die Notwendigkeit einer Tarifgemeinschaft im Buchdruckerhandwerk anerkennt und die einzelnen Gewerksvereine verpflichtet, ihre Druckereien nur in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen. Andererseits aber wird verlangt, daß auch diejenigen

Buchdrucker und Schriftsetzer, die nicht dem Buchdruckerband angehören, aber die Tarifgemeinschaft anerkennen, nicht von der Beschäftigung in den Tarifdruckereien ausgeschlossen werden. Sollte dies dennoch geschehen, kann behält sich der Zentralrat weitere Schritte vor.

Die Gewerksvereine haben durch diesen Beschluß befunden, daß sie der Tarifgemeinschaft beitreten. Jetzt hat das Tarifamt das Wort.

Eine Mahnung an die Arbeiter. Während die deutsche Arbeiterbewegung durch das Einseitigen politischen und religiösen Momente zerplittert wird, haben die Arbeitgeber verstanden, ihre Organisationen fest zusammenzuschließen, dadurch das sie jene trennenden Faktoren ausschalten und auf rein neutralem Boden alles zu sich heranzuziehen, ohne nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis zu fragen. Man muß annehmen, daß der von den Arbeitgebern durchgeführte Grundgeden sich gut bewährt hat. Denn ihre Organisation ist kraft zurückgeführt und kann den Arbeitern in jeder Beziehung als Vorbild dienen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nur, das das Zentralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände, beschäftigt sich im Vorwort ihrer letzten Nummer mit dieser Frage. Es ist dem Unternahmerorgan nämlich der Vorwurf gemacht worden, daß es von der bis dahin beobachteten Neutralität abgewichen ist. Mit Entschiedenheit weist das Blatt diese Unterstellung zurück, indem es erklärt, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nur das eine Ziel verfolgt, alle Arbeitgeber ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit zu solidarischer Vertretung ihrer gemeinschaftlichen Interessen den Organisationen der Vorarbeiter gegenüber zu mahnen, sich zum Anwalt der zu Unrecht angegriffenen Unternahmer zu machen und nach Maßgabe des ihr bestehenden Einflusses auf die Regierung und die öffentliche Meinung einzusetzen, sofern es sich darum handelt, solchen sozialpolitischen Maßnahmen entgegenzutreten, die eine weitere Schwächung der Unternahmerinteressen in Aussicht stellen.

Die „Arbeitgeberzeitung“ will jedes Eingehen auf die parteipolitisch n Kämpfe vermeiden, sich dabei allerdings vorbehalten, gesetzgeberische Maßnahmen und das Verhalten der politischen Parteien, wenn es den Interessen der Arbeitgeberklasse widerspricht, zu kritisieren und zu bekämpfen. Das werde sie aber nicht hindern, streng an der bisher stets beobachteten Neutralität festzuhalten. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit dem dringenden Mahnung:

„Deutsche Arbeiter, schaut euch zusammen, ohne Unterschied eurer politischen Zugehörigkeit, zu einer einigenschaftlichen Vertretung berechtigter Interessen, die durch die andauernd fortwährende und überaus revolutionär gerichtete Organisation der Vorarbeiter in einer für die gewerkschaftliche Allgemeinheit so überaus verhängnisvollen Weise bedroht werden!“

Diese Ausführungen sind überaus lehrreich auch für die Arbeiter. Die Unternahmer müßten wohl mit der Neutralität sehr gute Erfahrungen gemacht haben, sonst würde ihr Organ sich nicht so entschieden verwahren gegen den Vorwurf, daß es gegen diese Neutralität verstoßen habe. Es muß dies ein Fingerzeig sein auch für die Arbeiter. Nur auf völlig neutralem Boden kann es gelingen, derartig starke Arbeiterorganisationen zu schaffen, daß die Unternahmer in ihnen eine ebenbürtige Macht erblicken, mit der sie rechnen und auf dem Wege der Vereinbarung die Arbeitsverhältnisse regeln müssen. Die Deutschen Gewerksvereine haben diesen Grundgeden stets vertreten, und er wird sich mit Macht Bahn brechen trotz mancher Hindernisse, die noch zu überwinden sind.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim hat einen ruhigeren Verlauf genommen, als nach dem vorhergehenden „Vätertagenganz“ angenommen werden durfte. Im Vergleich mit der Dresdener und auch der Jenaer Tagung war es diesmal der reize Friedenskongress. Man hatte gut vorgeberbeitet. Ohne Zweifel sind zwischen Parteivorstand und Generalkommission Vereinbarungen getroffen worden, um die schärfsten Differenzpunkte aus der Diskussion auszuheben zu lassen. Denn daß der Streikbruch in der „Vorwärts“-Redaktion überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, obgleich leitend der Generalkommission der Gewerkschaften die Sache ursprünglich zur Entscheidung gemacht wurde, ist doch sehr auffallend. Man hat offenbar das Schweigen verprochen gegen gewisse Konzeptionen in der Frage des politischen Kampfes. Denn hier hat diesmal die gewerkschaftliche Richtung den Sieg davongetragen.

Ebel, der durch seine Rede in Jena in der sozialdemokratischen Presse eine Diskussion über den Klassenstreik hervorgerufen hatte, die auch nach Ansicht zahlreicher Parteitagvertreter den Ausdruck als in nächster Zeit schon bevorstehend erscheinen lassen mußte, sprach so gemäßigt, so jauch, daß man ihn kaum wiedererkannte. Er sowohl wie der Korreferent Legien hatten plötzlich entdeckt, daß zwischen der Resolution

des Kölner Gewerkschaftskongresses und diejenigen des Jünger Parteitages überhaupt kein Unterschied vorhanden sei, daß die heftigen Kämpfe zwischen Partei und Gewerkschaft lediglich auf ein „Misverständnis“ zurückzuführen seien. Also um dies zu erkennen, wüßte erst der Parteitag einberufen werden. Vorher war diese Entscheidung nicht möglich, obgleich man doch annehmen sollte, daß bei gegenseitiger Aussprache der Leitungen, die beide in Berlin ihren Sitz haben, dies viel leichter hätte erkannt werden können.

Doch wie dem auch sei: Das Resultat der Debatte war ein Erfolg der Generalkommission, insofern eine Resolution zur Annahme gelangte, die der Auffassung der letzteren erheblich Rechnung trägt. Es soll nämlich der politische Massenstreik lediglich als Abwehrmittel, nicht als Angriffswaffe in Anwendung gebracht werden. Trotz alledem geht aber auch dieser Resolution mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Gewerkschaften als ein untergeordnetes Glied der Sozialdemokratie angesehen werden, die es als ihre Hauptaufgabe zu betrachten haben, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten zu erziehen. Hängt es doch in dem von Rautsky vorgeschlagenen Amendement, daß es „unbedingt notwendig ist, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden!“

Wie geringfügig man über die Gewerkschaftsbewegung in den maßgebenden Kreisen der Sozialdemokratie denkt, zeigte auch die Diskussion. Insbesondere Frau Rosa Luxemburg, die sich wegen ihres rabiaten Auftretens in Jena den Beinamen die „Blutige“ erworben hat, sprachte die Besinnenden der Generalkommission, wie einen Schulbuben ab. Er habe bewiesen, daß er nichts zu lernen und nichts zu begreifen wolle, daß er in manchen Beziehungen in den Begriffen der Rindlichkeit stecken geblieben sei. Diese und ähnliche Schmeichelein mußte sich der Führer der „allmächtigen Gewerkschaften“ an den Kopf schmeißen lassen.

Der ganze Gang der Verhandlungen zeigt, daß man mit der Arbeiterkraft geradezu Komödie spielt. Lediglich für politische Zwecke werden hier und da Jugendschwärme in die Gewerkschaften gemacht, damit bei den Wahlen deren Mitglieder für die sozialdemokratische Partei eintreten. Umso kläglicher aber ist dann die Haltung der Gewerkschaftsführer, die diese Absicht doch durchschauen und trotzdem sich zu Handlangern der politischen Partei herabwürdigen lassen.

Herr Stöcker braucht unbedingt 60 000 Mark, wofür, das will er noch nicht verraten. Er sagt einfach:

Diese Summe wage ich, von Freunden und Gönnern, welche die Größe der sozialen Gefahr kennen, zu erbitten. Ich bedarf ihrer in einer Sache, die gegenwärtig allen andern voranzieht. Besonders denke ich an solche liebevolle Leute, für die es ein geringes ist, 60 000 Mark zusammenzubringen. Später wird über die Verwendung Mitteilung gemacht werden; jetzt ist das noch unmöglich.

Wahrscheinlich handelt es sich um die Aufrechterhaltung der christlich-sozialen Zeitung „Das Reich“ und um ihre Schwester, die antimilitärische „Staatsbürger-Zeitung“.

Arbeiterbewegung. Auf „Notho Erde“ geht der Kampf weiter, da der Rommeringer Rat Nordost auch die Vermittlung der Sachener Reichstagsvertreter grundsätzlich ablehnen zu müssen erklärt hat. Dagegen sei der Vorstand bereit, mit den Abgeordneten eine Bepfändung abzuhaken. Die Abgeordneten haben darauf gestern geantwortet, sie beabsichtigen im Interesse des Friedens und der Befriedigung der außerordentlich schweren Schädigung des ganzen wirtschaftlichen Lebens den ablehrenden Beschluß umso mehr, als die Vorkonferenz der Arbeiter das Vermittlungsangebot gern angenommen hätte. Sie ständen aber auch weiter jederzeit in der Angelegenheit zur Verfügung, könnten jedoch auf die vorgeschlagene Bepfändung nicht eingehen, da sie sich von einer einseitigen Bepfändung keinen Nutzen versprechen könnten.

In dem Edelmetallgewerbe zu Kanau war es zu einem Streik gekommen. Es haben jetzt Verhandlungen zwischen den beiden Parteien stattgefunden, die zu einer Verständigung führten. Es darf angenommen werden, daß die von der Kommission vereinbarten Vorschläge die Zustimmung sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer finden werden. In der Gärtnerei- und Metallindustrie zu Offenbach a. M. haben die Schleifer gekündigt, worauf seitens der Fabrikanten allen übrigen Arbeitern gekündigt wurde. Es handelt sich um etwa 2000 Mann. Der Verband der Pianofortefabrikanten in Stuttgart hat beschlossen, wenn bis zum heutigen Dienstag nicht in sämtlichen Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, allen dem Holzarbeiterverbände angehörenden Arbeitern zu kündigen. Ein Streik der Schneider besteht seit einiger Zeit in Höchst a. M. Ein Teil der Ausführenden hat beschlossen, in dem brachliegenden Nied ein größeres Anwesen zu kaufen, um denselben eine Genossenschafts-

tischerei zu errichten. Die Kapitalisten zu dem Untertnehmen sollen bereits vorhanden sein. Die Zimmerleute in Nürnberg haben den am 31. Dezember ablaufenden Tarif zu künftigen beschließen. Zu einer umfangreichen Bewegung scheint es im Fleischergewerbe in Baden zu kommen. Im Mannheimer sind nämlich in der Wurstfabrik von Jahn die Gesellen ausständig geworden. Die Mannheimer Fleischerinnung erklärt, daß die Forderungen der Gehilfen auf freie Wohnung außerhalb des Hauses und Herabsetzung der Arbeitszeit nicht bewilligt werden können. Infolgedessen haben sich auch in Heidelberg, Ludwigshafen und Worms die Arbeitgeber im Fleischergewerbe mit denen in Mannheim solidarisch erklärt, und es dürfte auch an diesen Orten zu Volkskämpfen kommen, wenn nicht in der Zwischenzeit Fabrik der Friede wieder hergestellt wird.

In der Zelluloidwarenfabrik von Dr. Funke in Hannover-Vuden haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen außerordentlicher Arbeitslast die Arbeit eingestellt. Ein neuer Streik war unter den Stettiner Hafenarbeitern ausgebrochen. Bei der neuen Dampferkompagnie hatten nämlich die Arbeiter verlangt, daß die seit dem letzten Streik noch beschäftigten Arbeitswilligen entlassen werden sollten. Die Firma lehnte die Forderung ab, worauf die Arbeit niedergelegt wurde. Die Arbeiter haben jedoch inzwischen bedingungslos ihre Beschäftigung wieder angetreten. Im sächsischen Textilindustriengebiet haben nunmehr die Wirtschftsarbeiter der 107 Fabriken ihre Forderungen eingereicht. Es handelt sich um eine 13prozentige Lohn-erhöhung, bei Lieferstunden bis 50 pro Ct. Aufschlag und Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. Die Forderungen wurden jeder einzelnen Fabrik übermittelt. Die Antwort der Fabrikanten wird bis zum 10. Oktober erwartet. Seit 14 Tagen stehen in Berlin die Ballschuhmacher im Streik. Es sind Verhandlungen im Gange. Die aber bisher nur in einzelnen Betrieben zu einer Einigung geführt haben. In Berlin streiken seit Sonnabend die Arbeiter, die die Felle an die öffentlichen Nachschlagläden liefern. Die Polizei unterdrückt die in Betracht kommende Firma in durchaus ungeleglicher Weise, indem sie nicht allein das Streikpolizeistehen umschließt macht, sondern sogar gestattete, daß am Sonntag während der Kirchzeit von einigen Arbeitswilligen die Säulen besetzt wurden. Die Demonstration an der Rudolfsufer-Pfoster sind beigelegt, dadurch daß seitens der Direktion die Verhinderung abgelehnt wurde, daß die vorgesehene Gehaltssteigerung mit rückwirkender Kraft ins Leben treten würde. In Deits Ausland sind die Hafenarbeiter in den Ausland getreten, weil 4 ihrer Führer verhaftet wurden. Die Arbeit soll so lange ruhen, bis die Verhafteten wieder in Freiheit sind. In Ostgörow sind 7000 Bergarbeiter wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. Die Forderung auf eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Besitzern und den Reflektierenden am Obde hat sich nicht erfüllt. 7000 Arbeiter legten die Arbeit nieder, da die Unternehmer die Forderung einer 5 proz. Vohnerhöhung rücksichtslos abgelehnt haben. Die Arbeitgeber drohen mit Aussperrung anderer Arbeitergruppen und völliger Schließung der Beriten.

„An ihren Früchten soll ihr sie erkennen.“ Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat vor kurzem in Berlin einen Unterrichts-kursus für Gewerkschaftsbeamte veranstaltet, der sich reger Beteiligung erfreut haben soll. Es ist selbstverständlich, daß man dabeilbst den „Jünglingen“ in erster Linie auch Waffen gegen die Andersorganisierten in die Hände geben wollte, um den Kampf gegen sie wirksamer als bisher führen zu können. Weisen sich für die Zukunft die nicht auf dem Boden der „frei“ organisierten Gewerkschaften stehenden Arbeiter gewärtig sein müssen, zeigt die Musterleistung eines der Kursteilnehmer, nämlich des Redakteurs des „Steinarbeiter“, der gegen einen Beamten des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes erst einen gehörigen Kugel anderen Unrats aufschüttelt und ihn dann mit folgenden „sinnigen“ Worten an- blickt:

Sie Glaubensstolz, getroffen, Sie können Richter, be... Sie sind der Jüden, Was macht Sie auf und wenn so widerlich, Sie Grab nehmen mit altem Scheitel, Sie angriffender Schwandbrust, Sie abgeratet Mutter, Das schmeien Sie uns mit solchem Witz: Und in ähnlichem Tone ist der übrige Teil dieses dichterischen Organes gehalten. Wenn das die Früchte des Erziehungswerkes sind, dann dürfte künftighin der Kampf, den die „Zehnwüsten“ gegen die anderen Organisationen für zweckmäßig erachten, noch häufigere Erscheinungen zeitigen als es ohnehin schon der Fall ist.

Stück vor der eigenen Tür zu kehren. Unter der Rubrik „Gewerkschaftsbewegung“ beschäftigt sich die sozialdemokratische „Altenburger Volks-Zeitung“ mit dem Streik auf dem Hüttenwerk „Notho Erde“.

Anstatt alle Besuche, die gemacht werden, diese Bewegung zu einem günstigen Ziele zu führen, freudig zu begrüßen, kann es sich dieses edle Blatt nicht verneinen, auf dem Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter herumzukämpfen, und zwar deswegen, weil dessen Generalrat sich erlaubt hat Sammellisten für die Streikenden herauszugeben. Seit Wochen schon sei im „Regulator“ um Unterstützung „gewimmert“ worden, aber, wie es scheint, ohne Erfolg. Das geschieht von einem Arbeiterblatte zu einer Zeit, wo der Kampf auf „Notho Erde“ am heftigsten tobt, wo alles vermieden werden muß, die gemeinschaftlich vorgehenden Arbeiter zu trennen und zu verneinigen, wo vielmehr alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um die Einigkeit zu fördern und so den Kampf siegreich durchzuführen.

Im übrigen art es das Blatt gar nicht an, wenn seitens der Gewerksvereine solche Sammellisten herausgegeben werden. Dieselben sind vielmehr lediglich in den Kreisen unserer Mitglieder und zwar zu dem Zwecke, auch die noch nicht unterstützungsberechtigten nicht leer ausgehen zu lassen. Die Wahrung der „Altenburger Volks-Zeitung“ an die „Genossen“, auf diesen Vöhen nicht zu zeichnen, ist also überflüssig. Die Gewerksvereinskollegen werden selbst so viel Solidaritätsgefühl besitzen, um auch die nicht Unterstützungsberechtigten über Wasser zu halten. Geradezu aber ist es, dem Gehartel die Lieberkraft zu geben. Die „Notho Erde“ in der Memmer. Den „freien“ Gewerkschaften wäre wahrhaftig wohl, wenn sie ihren Verpflichtungen bei Arbeitskämpfen immer so gewissenhaft und nachdrücklich nachkommen könnten, wie es in den Gewerksvereinen noch nicht der Fall gewesen ist. Sammellisten sind von jener Seite wahrlich oft genug herausgegeben worden, und gerade in Altenburg selbst, wo in einer Holzschuh- und Pantoffelfabrik seit dem 15. September die Arbeiter im Streik stehen, hat schon am 22. September, also nach 7 Tagen der Schuhmacherverband, eine „moderne“ Gewerkschaft, obgleich er nur mit 120 Mann beteiligt ist, beschlossen, daß seine Mitglieder neben dem ordentlichen Beitrag noch 50 Pf. extra bezahlen müssen. Da kann man wahrhaftig eher von einer „Riemme“ sprechen. Die Herren in der „Altenburger Volks-Zeitung“ hätten also wirklich gut daran, wenn sie sich nicht um anderer Angelegenheiten bekümmerten, sondern sich an ihre eigene Nase fassten. Da haben sie gerade genug in der Hand.

Natürlich hat auch die übrige sozialdemokratische Presse den Gehartel übernommen. Demgegenüber sei noch herangezogen, daß, wie uns aus besserer Quelle mitgeteilt wird, auch die „freien“ Gewerkschaften und die Christlichen in Rachen Sammellisten herausgegeben haben. Die Sammlungen werden allerdings seitens der „Freien“ in einer Weise vorgenommen, die in weiteren Kreisen recht unangenehm berühren muß. Im Interesse der Sache wollen wir für heute jedoch davon schweigen.

Gewerksvereins-Teil.
Eidenburg. Der Gewerksverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (D.) errichtete im Anfang dieses Jahres in Egidern einen Ortsverein. Alle sämtliche Arbeiter der Brenner- und Gullmann und Silberstraten, nachdem sie sich von der Richtigkeit dieser Organisation überzeugt, dem neu gegründeten Verein beil. Die Herren Gullmann und Silberstraten erhielten die Bind von dieser Gründung und waren unangenehm von dieser Last befreit. Mehrere Bemerkungen wurden von den Herren gemacht, um ihre Arbeiter zu bewegen, dem Verein den Rücken zu kehren: jedoch es half nichts, die verlassenen Arbeiter blieben dem Verein treu. Jetzt wurde es Zeit, größere Schritte aufzutreten. Eine Gelegenheit bot sich bald: Getreu dem Gewerksvereins-Programm sollten die Arbeiter der beiden Brenner- und Silberstraten ihren Arbeitgeber ein Besuch ein, in welchem sie um Verfürung der langen Arbeitszeit bitten. Die Arbeitzeit betrug bis dahin ohne Pause zwölf Stunden. Dies wußte man schon bei den Herren dem Hof den Boden ein. Kurz und bündig erklärten sie ihren Arbeitern, sie müßten entweder aus dem Verein austreten oder die Arbeit verlassen. Sollten sie nicht wollen, daß den Arbeitern das Solidaritätsrecht gesetzlich ermöglicht ist? Sie würden diese Herren wohl eine ihnen gemachte Zumutung einer Brennersträter Vereinigung oder einem King nicht beizutreten, aufnehmen. Den freilich Herrenstandpunkt also, wie man denselben in Egidern antritt, fehlten bei dieser Gelegenheit die Herren Gullmann und Silberstraten!

Der Streik der Arbeiter in Egidern hat sich in der Tat zu einem Streik entwickelt. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen.

Der Streik der Arbeiter in Egidern hat sich in der Tat zu einem Streik entwickelt. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen.

Der Streik der Arbeiter in Egidern hat sich in der Tat zu einem Streik entwickelt. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen.

Der Streik der Arbeiter in Egidern hat sich in der Tat zu einem Streik entwickelt. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen. Die Arbeiter sind in Egidern angekommen, um den Streik zu unterstützen.

